

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative durch das Land Berlin für eine Änderung des Grundgesetzes zu ergreifen, durch die das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben und stattdessen eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung verankert wird.

Darüber hinaus soll die Beschränkung der Bundesförderung auf die Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden.

#### *Begründung:*

Das gesamte Bildungssystem ist strukturell unterfinanziert. Daran hat auch die begrenzte Aufhebung des Kooperationsverbotes für den Hochschulbereich nichts wesentlich geändert.

Die bisher vorhandenen Strukturen und Verfahrensweisen in der bundesdeutschen Bildungspolitik wie das Auflegen zeitlich befristeter Programme, die keine Flächendeckung erreichen, sind offensichtlich nicht geeignet, die anstehenden Probleme nachhaltig und schnell zu lösen. Hinzu kommt, dass die bildungspolitischen Herausforderungen an Bund und Länder deutlich gewachsen sind. Dazu gehören der Abbau der sozialen Spaltung im gesamten Bildungswesen, die Anforderungen an das Bildungswesen mit der fortschreitenden Digitalisierung in der Gesellschaft und damit die Erfordernisse für digitale Bildung und Medienkompetenz.

Weiter kommen hinzu: der notwendige Ausbau und die Sicherung von Schulsozialarbeit an allen Schulen, die Notwendigkeit interkultureller Bildung, die Herausforderungen durch die

Gewährleistung des Rechts auf Bildung auch für Geflüchtete, die Umsetzung von inklusiver Bildung und die dafür erforderliche finanzielle und personelle Ausstattung, die qualitative Verbesserung und der quantitative Ausbau von Studienplätzen für Lehrkräfte, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Fachkräfte für Erziehung, die Sicherung von ausreichend Ausbildungsplätzen in der dualen Berufsausbildung auch für Geflüchtete und in den Gesundheits- und Pflegeberufen, der Bau und die Sanierung von Bildungseinrichtungen, die Ausstattung mit modernen Lehr- und Lernmitteln und vieles mehr.

Angesichts der Größe der Aufgaben kann sich der Bund seiner Verantwortung für das gesamte Bildungssystem nicht länger entziehen. Das betrifft die frühkindliche Bildung ebenso wie die allgemeinbildende Schule, die Berufsausbildung und die Hochschulbildung sowie die gesamte Weiterbildung.

Berlin, den 22. März 2017

Saleh      Dr. Lasić  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Bluhm      U. Wolf      Kittler  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek      Gebel      Burkert-Eulitz      Remlinger  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen